

Anfrage

der Abg. Dr.ⁱⁿ Dollinger, Klubvorsitzenden Steidl und Ing. Mag. Meisl an die Landesregierung
betreffend Chaletdörfer im Bundesland Salzburg

In vielen Tourismusgemeinden im Innergebirg stehen Betten leer, es fehlen Arbeitsplätze und es wandern Einheimische ab. Das nicht zuletzt wegen mangelnder beruflicher Möglichkeiten und steigender Bauland- bzw. Wohnungspreise. Immer mehr Projekte für Chaletdörfer und angegliederte Hotelanlagen sollen die Ortschaften beleben, oft gleichzeitig mit einem Ausbau des jeweiligen Skigebietes bzw. der Seilbahnkapazitäten vor Ort. Einschlägige Berichte der vergangenen Jahre etwa zu Mühlbach, Maria Alm, Niedernsill, Hollersbach, Zell am See oder St. Michael finden sich insbesondere auf orf.at.

Diese Chaletdörfer tragen einen großen Beitrag zur starken Versiegelung im Land Salzburg bei, wo täglich 1,5 Hektar (entspricht zwei Fußballfeldern) verbaut werden, weit mehr als in Bayern oder Südtirol. Auch darüber und über die Kritik des Naturschutzbundes an der überhandnehmenden Versiegelung haben Medien berichtet. Die Folge ist nicht nur, dass die versiegelten Flächen der Landwirtschaft fehlen, sondern auch der Tier- und Pflanzenwelt abgehen. Durch wenige Einzelaktionen, beispielsweise zur Bienenansiedlung, kann der problematischen Versiegelung nicht ausreichend begegnet werden.

Chaletdörfer finden aber bei weitem nicht den Anklang, der ihnen von Touristikern hoffnungsvoll zugeschrieben wird. Die Chaletdörfer sind oft unterbelegt und bringen der heimischen Wirtschaft mittel- und vor allem langfristig wenig. So waren etwa die neu errichteten 800 Betten am Ortseingang von Maria Alm in der Osterwoche 2019 kaum ausgelastet. Sogar so gering, dass dort für die Touristen in der Anlage weder Frühstück noch andere Mahlzeiten geboten wurden, von den beworbenen allwöchigen Animations-Highlights (Lagerfeuer, Fackelwanderung, ...) ganz zu schweigen.

In Zusammenwirken mit der Problematik der Zweitwohnsitze, die vielerorts im Übermaß bestehen, tragen neue Chaletbauten wohl wenig zur Belebung von zunehmend verlassenem Dörfern und einer Stärkung der Gemeinden bei. Die wenigen dort nächtigenden Touristen bringen oft sogar die Lebensmittel von zu Hause mit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten die

Anfrage:

1. Welche Ansuchen zum Bau von Chalets gab es seit 2013 (um Auflistung nach Bezirk, Gemeinde, Betreiber/Investor samt Herkunftsstaat, Anzahl der ursprünglich begehrten Zimmer/Betten und etwaiger Kombination mit einem Hotelprojekt wird ersucht. Auch um Auflistung jener, die nicht raumordnungsfachlich zu genehmigen sind, sondern von den Baubehörden, wenn das Projekt in einer passenden Widmungskategorie errichtet werden kann, wird ersucht)?
2. Welche dieser Ansuchen wurden positiv erledigt und wie viele Betten/Zimmer entstanden bzw. entstehen dort tatsächlich (um Auflistung nach Grundstücksfläche, vorheriger Widmungskategorie und letztlichem Baulandtyp wird ersucht)?
3. Welche Ansuchen verliefen sich im Sand bzw. wurden abgelehnt und warum?
4. Welche Ansuchen sind noch in Bearbeitung und bis wann wird mit einer Entscheidung zu rechnen sein?
5. Wo und wie große Flächen wurden seit 2013 als Sonderflächen mit dem Verwendungszweck Jugendgästehaus gewidmet (um Auflistung nach Bezirk, Gemeinde, Betreiber/Investor samt Herkunftsstaat, Anzahl der ursprünglich begehrten Zimmer/Betten und etwaiger Kombination mit einem anderen Projekt wird ersucht)?
6. Bei welchen der unter 1. bis 5. genannten Fälle und mit welchem Ausgang gab es ein UVP-Feststellungsverfahren?
7. Bei welchen der unter 1. bis 5. genannten Fälle gab es berücksichtigungswürdige Flächen, die entweder im Rahmen des Naturschutzbuches geschützt oder im Rahmen der Biotopkartierung erfasst sind und wie wurde/wird mit diesen Flächen im Zuge des Projektes verfahren?
8. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung entwickelt, um diesem komplexen Thema Einhalt zu gebieten bzw. die fehlgeleitete Entwicklung zu stoppen?
9. Was genau sieht das Tourismuskonzept des Landes im Hinblick auf eine Verbesserung dieser Situation vor?

Salzburg, am 19. Juni 2019

Dr.ⁱⁿ Dollinger eh.

Steidl eh.

Ing. Mag. Meisl eh.